

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1924

14.4.1924 (No. 100)

Badischer Beobachter



62. Jahrgang Karlsruhe, Montag, den 14. April 1924 Nr. 100

Die Sachverständigenberichte.

Die deutschen Vertreter nach Paris

Berlin, 14. April. Der Wiener Tag meldet, es sehe sehr, daß nicht eine schriftliche Äußerung an die Reparationskommission erfolgen wird, sondern daß die deutschen Delegierten zu Verhandlungen über das Gutachten der Sachverständigen sich wahrhaftig am 15. Dienstag nach Paris begeben werden. In diesem Falle ist es wahrscheinlich, daß die deutsche Delegation unter Führung des Reichsaussenministers Dr. Brüning am 15. in Paris eintrifft. Die Entscheidung darüber wird in der morgigen Kabinettsitzung fallen. Die der Montag-Morgen von zuständiger Stelle hierzu erfaßt, handelt es sich bei dieser Meldung gänzlich um einen Verstoß, dem jede tatsächliche Unterlage fehlt. Reichsaussenminister Brüning und Reichsaussenminister Dr. Brüning waren am Sonntag gar nicht in Berlin. Die Verhandlungen über das Sachverständigen-Gutachten werden erst am heutigen Montag mit den Ministerpräsidenten der Länder beginnen. Es kann also nicht davon gesprochen werden, wie sich die weitere Führungnahme mit Paris vollziehen wird.

Belgische Noten.

Paris, 14. April. Die belgischen Botschafter in Paris und London haben von ihrer Regierung eine Note erhalten, betreffend die Reparationsfrage und insbesondere die Sachverständigenberichte. Diese Note soll von den belgischen Botschaftern dem Ministerium des Auswärtigen in Frankreich und England übermittelt werden. Ueber den genauen Inhalt der beiden Schriftstücke verläutet zur Stunde noch nichts.

Die Internationale Handelskammer über das Sachverständigen-Gutachten.

Paris, 14. April. Die Internationale Handelskammer hat dieser Tage einen besonderen Ausschuß eingesetzt, der über den Text der Sachverständigen-Empfehlungen Bericht erstatten soll. Dieser Ausschuß ist zu sehr günstigen Schlussfolgerungen gelangt.

Poincare nach London.

Paris, 14. April. Gossamlich wird bestätigt, daß bis zur Stunde noch kein offizieller Schritt erfolgt ist, um eine Zusammenkunft Macdonalds mit Poincare herbeizuführen. Man will, wie hier verläutet, sowohl in Paris, vor allem auch in London die deutsche Antwort auf die Sachverständigenberichte abwarten, bevor beide Auswärtige Minister in einen persönlichen Meinungsaustausch eintritt. London man am Quai d'Orsay keinen Versuch unternommen hat, das Datum dieser Zusammenkunft mit Macdonald festzulegen, hat man in diesem Kreise die Heberzeugung, daß die französische Regierung eine solche Begegnung wünscht und es scheint nicht ausgeschlossen, daß Poincare, wenn der englische Außenminister es ihm vorschlägt, sich nach London begeben würde.

Die Ministerkonferenz in London.

Paris, 14. April. Zwei wichtige Ministerkonferenzen werden im Laufe des heutigen Tages stattfinden. In London und Brüssel werden die Minister in einer Sitzung den Standpunkt festlegen, den sie im Verlaufe der nächsten Verhandlungen der Reparationskommission vertreten werden.

Die Micum-Verträge.

Paris, 12. April. Der deutsche Botschafter v. Söeich hat heute nachmittags einen neuen Schritt bei der französischen Regierung unternommen, um die Einzelheiten eines Zwischenzustandes zwischen dem Ablauf der Micum-Verträge ab 15. April und der endgültigen Regelung der Sachverständigenfrage auf der Grundlage des Sachverständigenberichts zu bewirken. Ministerpräsident Poincare war durch den Besuch des rumänischen Königs paares in Anspruch genommen und der deutsche Botschafter wurde deshalb von Ministerialdirektor Perretti empfangen.

Die Sonntags-Verhandlungen in Düsseldorf.

Düsseldorf, 14. April. Gestern vormittag 10 Uhr wurden die Verhandlungen zwischen der Sachverständigenkommission und der Micum wieder aufgenommen. In der Hauptsache bezog sich die Debatte auf die Reparationslieferungen, die Festsetzung der Kohlensteuer sowie die Ausfuhrgebühren und die Gültigkeitsdauer der auf der Tagesordnung stehenden neuen Vereinbarungen. Allen Ansichten nach nahmen die Verhandlungen, die ununterbrochen bis sechs Uhr nachmittags andauerten, einen sehr lebhaften Verlauf. Durch die bekannte Entscheidung der Reparationskommission vom 11. April war insofern die Diskussion erheblich erleichtert worden. In den wesentlichen Punkten konnte daher eine Einigung erzielt werden, ohne daß definitive Resultate zustande gekommen wären. Immerhin darf man hoffen, daß die Unterhändler, die Montag vormittag um 10 Uhr erneut zusammenkommen, noch vor Ablauf des gegenwärtigen Vertragess ihre Mission zu Ende führen. Wie verläutet, haben nach Schluß der offiziellen Sitzung die französischen Vertreter in Anwesenheit des Generals Degoute ihre Besprechungen noch lange untereinander fortgesetzt.

Attentatsplan gegen Forth.

Wien, 14. April. Am Freitag abend, als Reichsverweier Forth von der Ofener Burg nach dem Oberhaus fahren wollte, ist ein Mordversuch gegen ihn geplant worden. Die Polizei hatte davon Kenntnis erhalten, daß sich drei Männer, die das Attentat beabsichtigten, aufgestellt hatten; diese wurden beobachtet und im rechten Moment festgenommen. — Die Organisation des Attentats ging von Wien aus.

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands.

Dr. Hamm und Dr. Schacht vor dem Reichswirtschaftsrat.

Unter dem Vorsitz des Direktors Krümer hielt der wirtschaftspolitische und finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats vom 9. bis 11. April gemeinsame Sitzungen zur Beratung der künftigen deutschen Außenpolitik ab. Vor Eintritt in die Verhandlungen wurde das Ersuchen des Reichswirtschaftsministers um Durchführung der Untersuchung über die Verhältnisse der Industrie und des Handels des Textilgeschäftes verlesen. Zur Durchführung dieser Untersuchung wurde ein Arbeitsausschuß eingesetzt, desgleichen wurde die Einsetzung eines Arbeitsausschusses zur Prüfung der Erwerbslosigkeit und Umstellung der Arbeitskräfte in Verbindung mit der Wirtschaftskrise beschlossen. Nach Eintritt in die Tagesordnung gab Reichswirtschaftsminister Dr. Hamm einen Überblick über die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse, die er als gesamt und gefährlich bezeichnete. Es gelte, die gegen die Gefahren der Uebergangzeit geeigneten Maßnahmen zu ergreifen.

Im Januar bzw. Februar habe die Einfuhr die Ausfuhr um 150 bzw. 250 Goldmillionen überstiegen.

Die Einfuhr habe besonders in Baumwolle, Wolle und Güten, sowie in Fertigerzeugnissen zugenommen. Dementprechend sei auch die Konjunktur im Inlande in der Bekleidungsindustrie und im Nahrungsmittelgewerbe gestiegen, während in der Eisenindustrie und in anderen für die Ausfuhr arbeitenden Industrien die Konjunktur nicht in dem gleichen Maße und die Arbeitslosigkeit nicht in gleichem Umfange zurückgegangen sei. Diese Verbrauchssteigerung bringe schwere Gefahren für die Wirtschaft und die Währung mit sich. Die Abnehmernahmen der Regierung gegen die übermäßige Einfuhr seien außerordentlich erschwert, solange Deutschland nicht über die Weltzweige verfüge, über die die Franzosen zahlreiche Luxuswaren zu ganz außerordentlich ermäßigten Preisen nach Deutschland beförderten. Trotz der daraus sich offensichtlich ergebenden Schwächung der deutschen Wirtschaft sei es bisher nicht möglich gewesen, darüber zu einer Verständigung zu kommen. Der Minister erhob bittere Klagen darüber, daß man

Deutschland nicht von außen die Möglichkeit gibt, in seiner Wirtschaft Ordnung zu schaffen.

Trotz dieser Schwierigkeiten an der Westgrenze, bestche aber die Pflicht, daß Deutschland alles mögliche auf dem Gebiete der Einfuhrbegrenzung tue, den Inlandsverbrauch in verträgliche Bahnen lenke und den Luxusverbrauch einbäume. Zur Steigerung der Ausfuhr bedürfe es vor allen Dingen der Senkung der Preise und die Regierung werde weiter um die Senkung der Kohlenpreise bemüht sein. Die Regierung erwäge weiter, ob auch die Umjogsteuer, die auf die Dauer die Wettbewerbsfähigkeit bei der Ausfuhr schwer beeinträchtigt, umgeformt werden könne. Das gleiche gelte für alle anderen Steuern, besonders für die Einkommensteuer. Außerdem sollen die Vorbereitungen für Handelsverträge nach Möglichkeit gefördert werden. Die Regelung der Zahlungsweise bedürfe einer besonderen Beachtung. Zahlung in Devisen sei nicht gerechtfertigt, soweit in den Warenpreisen neben ausländischen Rohstoffpreisen wesentlich Inlandsausgaben enthalten sind. Diese Fragen werden in den Kreis der Bedürfnisse der einzelnen Industriegruppen hineingebracht werden müssen und bei den Textildindustrien insbesondere erörtert werden. Für die Allgemeinheit sei die Verdrängung gegenüber dem Auslande ein erster Schaden, auch wenn sich dabei bei dem Auslande ein erster Schaden, auch wenn sich dabei bei den einzelnen Industrien vorübergehend eine günstige Konjunktur einstellt. Die Wirtschaft und das Volk müßten durch Selbstbeschränkung dazu beitragen, daß die Schwierigkeiten der Uebergangzeit überwunden werden.

Nach einer längeren Diskussion, an der Geheimrat Dr. Bücher, Silberding und Larnow für die Arbeitnehmer und Müller-Oberling, Hausen als Vertreter der Textilindustrie teilnahmen, ergriß auch der

Reichsbankpräsident Dr. Schacht

das Wort, der zunächst an das in der Versammlung gefallene Wort anknüpfte, die Rentenmark gelte nur 60 Pfennig. Das sei auch der Fall. Genau so wie die Goldmark im Verhältnis zu den Reichsnoten nur 60 Pfennig wert sei. Wenn der Wert der Rentenmark an der Ware gemessen werde, dann sei die genannte Währung vollständig richtig und besitze nicht nur auf die Rentenmark, sondern auf alle Währungen. Das

Gesamtpreiseniveau im Verhältnis zur Währung sei in der ganzen Welt ein anderes geworden.

Die Tatsache, daß man mit der Rentenmark im Auslande nicht das gleiche kaufen kann wie im Inlande — die Differenz betrage etwa 8—10 Pfennig des Wertes — müsse man hinnehmen, denn die Rentenmark sei nur für den Inlandsverkehr bestimmt. Reichsbankpräsident Dr. Schacht kam dann auch auf

die Tatsache zu sprechen, daß Sparkapital in Deutschland heute nicht mehr zur Verfügung steht.

Die gesamten Spareinlagen werden in Deutschland im Augenblick auf 250 Millionen Goldmark geschätzt, gegenüber einer Summe von 20 Milliarden Goldmark, die im Frieden in Deutschland vorbehalten war. Wenn man, wie das zurzeit der Fall ist, Auslandsverpflichtungen in Rentenmark abbaut, dann komme selbstverständlich das Disagio nicht behalten, wenn sie nur für Inlandszahlungen verwendet werde und genügend andere Zahlungsmittel vorhanden seien. Dr. Schacht wandte sich dann gegen die von vielen Kreisen sich bemerkbar machende Verleumdung des transitorischen und rein internen Charakters der Rentenmark. Eine dauerhafte Währung müsse auf Goldmetallen beruhen, die nun einmal in der ganzen Welt Anerkennung findet. Dr. Schacht ging dann auf die Frage der kurzfristigen Auslandskredite ein, durch deren Inanspruchnahme auch den Handel eine große Verantwortung treffe. Er glaube, daß in dieser Beziehung ein erheblicher Fehler gemacht worden sei. Jetzt komme der Augenblick, wo diese kurzfristigen Kredite zurückgezahlt werden müßten und daher komme in den letzten Wochen der große Ansturm auf den Devisenmarkt. Er habe es für seine Pflicht gehalten, so allererst einmal landwirtschaftliche Kredite in einem Umfang zu geben, in dem angenommen werden könnte, daß eine ausreichende Bestellung und damit eine ausreichende Ernte für den Herbst sichergestellt werden konnte. Die Kreditpolitik der Reichsbank müsse heute eine vollständig diskretionäre und willkürliche sein, denn sie reguliere sich nicht von selbst, wie es früher durch den Diskont der Fall war. Er glaube, daß es für lange Zeit Leute geben werde, die unter allen Umständen Kredit haben müßten, es sei deshalb ganz gleichgültig, ob der Diskont 10, 12, 15 oder 20 oder 30 Prozent betrage. Er habe außerdem unmöglich die über 800 Millionen Goldmark betragenden Kredite zu Sähen geben können, die die Landwirtschaft um 20 Jahre mit 30 Prozent belastet hätten. Die Reichsbank könne also nur auf dem Wege der willkürlichen Kreditverteilung vorgehen.

Unter Bezugnahme auf seine zahlreichen Besprechungen im Auslande erklärte Dr. Schacht, daß, wenn die Reparationsfrage selbst unter dieser schweren Last auf die deutsche Wirtschaft einem vernünftigen Ende entgegengeführt werde, werde das ausländische Kapital in überaus starkem Umfange an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands beteiligt sein.

Im Gegensaß zu manchen alten Anschauungen sei es kein Unglück, sondern man könne dafür nur dankbar sein. Man werde sich wundern, wieviel Leute ein Interesse haben, sich in Deutschland zu beteiligen, weil sie Vertrauen zum deutschen Kaufmann haben und zur deutschen Industrie. Unter diesem Gesichtspunkt sei die Lösung der Sachverständigen in der Frage der Transferrierung der Reparationsgelder ins Ausland sehr interessant. Sobald ihre Transferrierung in das Ausland sich mit dem deutschen Wechselkurs nicht vertragen werde, werde das Geld in Deutschland zur Anlage gebracht. Der Gesichtspunkt, daß das Geld nur ins Ausland transferiert werden dürfe, wenn die deutsche Währung nicht leide, sei der Angelpunkt für die wirtschaftliche Seite des Reparationsproblems und könne nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Bezüglich der Goldnotenbank glaube er, daß der Gedanke der Rediskontierung sich außerordentlich gut auswirken werde. Er könne auch erklären, daß von allen Seiten Anträge eingegangen seien, ob wir nicht für diesen oder jenen Maß solche Rediskontierungskredite in Anspruch nehmen wollten. Man werde diese Anträge von Zeit zu Zeit prüfen und eventl. abschließen. Bei der Kreditgewährung der Goldnotenbank dürfe man nicht in demselben Fehler verfallen, der zum Teil bei der Rentenbank gemacht wurde. Die Goldnotenbank gebe Goldkredite, die mit Gold zurückbezahlt werden sollen und nur der könne sie in Anspruch nehmen, der Gold zur Verfügung hat und diesen Kredit wieder in Gold zurückzahlen kann. Das komme in erster Linie für Exporttreibende in Frage. Die Reichsbank wird aber systematisch unter ihrer Aufsicht prüfen, wer an Stelle von Rentenmarkkrediten Goldkredite gebrauchen könne, und es sei zu hoffen, daß wir eine Reihe von Rentenmarkkrediten zurückziehen und durch Goldkredite ersetzen können.

Der Sachverständigenbericht sei trotz der schweren Lasten unter zwei Voraussetzungen diskutabel, einmal unter der Voraussetzung des Wiedergewinns unserer politischen und wirtschaftlichen Freiheit.

Es ist eine Unmöglichkeit, stehen in einem Schacht zu fördern, an dessen Tor ein französischer Kasten stehe. Das zweite Moment sei, daß für den Fall der Unmöglichkeit der Erfüllung sofort eine militärische Sanktion drohe, sondern daß gewisse Selbstregulierungen eingeschaltet werden, die es möglich machen, daß man sich mit den Wirtschaftlern der anderen Seite zur Beratung zusammensetze.

Der Sachverständigenbericht in neuem Lichte.

Von Diplomaten.

Die beiden Hauptinteressenten am Pariser Sachverständigenbericht, Frankreich und Deutschland, haben sich nun gebührend zu diesem Schriftstück geäußert. Aber gerade weil diese beiden Staaten so sehr an Tenor und Charakter der finanziell-wirtschaftlichen Expertise interessiert sind, kann man von ihnen nicht erwarten, daß sie vollkommen objektiv zu ihr Stellung nehmen. Dazu sind viel eher die Interessenten zweiten Grades imstande, die zwar an der Ausarbeitung des Berichtes beteiligt waren, bei denen aber die Arbeit nicht so sehr pro domo war. Heute können wir eine neue Äußerung des belgischen Wirtschaftsdiplomaten Baron Houart wiedergeben, die sehr bedeutungsvoll ist und den Bericht in ein neues Licht rückt.

„Schon jetzt kann man sagen, äußerlich sich Houart zum „Soit“, daß die zwei Hauptbeteiligten geistlich vermeiden jene Teile des Berichtes hervorzuheben, die ihnen günstig sind; so wird ein gutes Fundament für die definitiven Lösungen geschaffen und von diesem Gesichtspunkt aus wird die Welt wohl sagen dürfen, die Sachverständigen seien wenigstens gute Psychologen gewesen.“

Die kommende Diskussion wird sich wenig mit den großen Grundprinzipien des Sachverständigenberichtes befassen können, weil diese einmütig festgelegt und einheitlich zusammengefaßt sind, sondern mit technischen Einzelheiten. In den beiden letzteren Worten liegt die einzige Möglichkeit der Diskussion. Eine gewisse Elastizität liegt ohnehin schon in manchen der technischen Formeln, und da die Regierungen zunächst nicht an die Ziffern der Sachverständigen gebunden sind, liegt kein praktisches Hindernis für vernünftige Modifikationen vor. Wesentlich ist vor allem — und dieses neue Licht verankert sich dem italienischen Sachverständigen Dr. Birelli — daß keine Totalziffer der Reparationen

von den Sachverständigen erörtert werden dürfte und daß sie auch die Frage der interalliierten Schulden nicht ansprechen konnten. Im Gegenteil wurden ohne jeden Zusammenhang mit irgend einer fixen Reparationsziffer die einzelnen Kapitel der deutschen Staatseinnahmen geprüft und jene herausgeholt, die sich am besten zur Tilgung der Reparationsschuld eignen. Wenn die betreffenden Summen für eine Periode von 30 oder 40 Jahren kapitalisiert werden, kommt man nach Dr. Birelli auf ein Reparationstotal, das sich der Ziffer, die Mussolini im Entwurf vom Dezember 1922 nannte, sehr nähert. Diese Ziffer hatte seinerzeit den lebhaftesten Widerspruch der Pariser Presse herausgefordert. Mussolini war mit seiner Ziffer der Reparationsschuld um ein Drittel oder annähernd 100 Milliarden Reichsmark nicht durchgekommen. Die Sachverständigen haben nun, ohne eine Ziffer zu nennen, tatsächlich auch diese Kürzung im Auge.

Es ist also bei dieser Berechnungsarbeit nicht abstrakt oder theoretisch vorgegangen worden, sondern die Männer der Praxis haben sich um die bisherige Totalziffer gar nicht gekümmert und sind auch zu einer wesentlich anderen Totalziffer gelangt. Kommt eine wechselseitige Lösung von Schuldverpflichtungen der Alliierten zustande, zu der freilich der Generalgläubiger America den Anstoß geben müßte, könnte eine entsprechende Reduktion der deutschen Leistungen erfolgen, denn die Höhe dieser Leistungen wird von der Belastung seiner Gläubiger bedingt, wie das der Sachverständigenbericht in seinem vierten Kapitel ausdrücklich feststellt.

Die Vorteile aus dem Berichte für Deutschland werden von Dr. Birelli im Secolo wie folgt aufgezählt: „Neben dem unschätzbaren Vorteil, daß die Sachverständigen eine Lösung der wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten empfehlen, wie sie aus der Ruhrdelegation herrühren, bringt der Bericht ein Bankprojekt, das die Währungsstabilität sichert, eine Moratoriumsperiode von zwei Jahren, während derer nur Naturallieferungen, und zwei weitere Jahre, in denen nur beschränkte Zahlungen stattfinden, ferner die ganz neue Tatsache, daß die festgestellte Ziffer alle Verpflichtungen aus dem Vertrage in sich schließt und schließlich ganz besonders das reine und nicht minder neue Prinzip, wodurch ungeachtet der Festsetzung bestimmter Annuitäten der Reparationen, diese nur so an die Alliierten übertragen werden, daß diese Zahlungen auf keinen Fall die Stabilität der deutschen Währung gefährden.“

Es ist am Ende, gerade die letztere Feststellung Dr. Birellis zu unterstreichen, weil von dieser weitgehenden Vorichtsmaßregel der Sachverständigen zugunsten der Stabilisierung der deutschen Währung in den bisherigen Berichten und Kommentaren nicht die Rede war. Die Maßnahme liefert tatsächlich den Beweis dafür, daß die Sachverständigen ein Deutschland mit schwankendem Werte des Geldes die Leistung von Reparationszahlungen überhaupt nicht auferlegen wollen. Ihre große Sorge ist die Wiederherstellung einer unerschütterlichen Währung.

Im amerikanischen Lichte gesehen präzisiert sich der Bericht nach einer Kabelmeldung der Morning Post aus Washington vom 10. April so, daß amtliche Kreise zwar ein absolutes Stillstehen bewahren, daß aber hinter dieser Schwärze doch ein „gepanntes Warten“ darauf verborgen ist, was nun Deutschland und das deutsche Volk tun werden.“ Die Beteiligung der Amerikaner an der Ausarbeitung des Berichtes wird allerdings etwas

